

Geld und Medizin

Chirurgen wetzen bereits die Messer

Reinhard Kalb, NZ

NÜRNBERG — Zum 9. Bundeskongress der niedergelassenen Chirurgen in Nürnberg debattierten Ärzte aus ganz Deutschland mit Abgeordneten des Bundestags. Die Situation im Congress Center ist für alle Beteiligten nicht beneidenswert. Nicht für die Chirurgen, die ihre Wut über das Gesetz mit dem Bandwurmnamen „Gesetzliches Krankenversicherungs-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ (GKVWVG) zum Ausdruck bringen. Und auch nicht für die drei Politiker, die die Entscheidungen dieses Gesetzes teils vertreten, teils skeptisch distanziert betrachten. Wir erinnern uns: Nach monatelangem Tauziehen, Nachbessern und Umformulieren tritt Ulla Schmidts Gesundheitsreform demnächst in Kraft. Doch so richtig glücklich ist keiner darüber. Patienten nicht, Versicherte nicht und die Ärzte schon gar nicht.

Monopoly-Geld statt Euro und Cent

„Den Ärzten wird seit Jahren versprochen, dass ihre Leistung in Euro und Cent berechnet wird“, klagt Dieter Haack (60), Präsident des Berufsverbands niedergelassener Chirurgen (BNC). „Stattdessen bekommen wir Monopoly-Geld. Wir bekommen für eine Operation soundsoviel Punkte zugesprochen. Und nach einem halben Jahr bekommen wir gesagt, wie viel so ein Punkt wert ist. Am Ende bekommt ein niedergelassener Chirurg vielleicht die Betriebskosten bezahlt, aber für den Operateur bleibt nichts übrig.“

Manche Praxis ist darüber pleitegegangen; Chirurgen wandern aus oder fliegen übers Wochenende nach England und verdienen ein Zubrot in Privatkliniken. In England und Holland gibt es keine niedergelassenen Ärzte mehr; wen ein Zipperlein ins Krankenhaus nötigt, darf sich auf lange Wartezeiten einstellen. „Meine Tochter hatte in England einen Hexenschuss“, erzählt Haack. „Entweder sollte sie vier Monate aufs Krankenhaus warten oder bei einem Privatarzt 70 Pfund auf den Tisch legen. Stattdessen ist sie nach Hause geflogen.“ Solche Horrorvisionen sieht Haack auch auf Deutschland zukommen: „1996 verkündete der damalige Gesundheitsminister Seehofer, ambulante Operationen sollten gefördert werden. Heute sollen Fachärzte politisch abgeschafft werden.“

Streng verfuhr der Moderator, BNC-Schatzmeister Andreas Werner, mit der Politik: „Am Anfang war das Wort, heißt es. Aber hier muss es heißen: Am Anfang war die Lüge! Denn ein Wettbewerbsstärkungsgesetz setzt voraus, dass es vorher bereits einen Wettbewerb gegeben habe.“

Weniger schlecht ist noch lange nicht gut

Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Zöllner (CSU) verteidigt die Reform: „Zwischen dem ersten und dem letzten Entwurf der Gesundheitsreform liegen Welten.“ Freilich gibt Zöllner zu: „Ich hätte mir einiges anders gewünscht. Aber ich habe nichts mitgemacht, was nicht redigierbar wäre.“

Sein Kollege Eike Hovermann (SPD) knurrt: „Das Gesetz löst keine strukturellen Probleme, es schafft nur neue. Die Regulierung nimmt zu.“ Und Daniel Bahr (FDP) wundert sich, dass die Regierung ihre eigene Opposition darstelle: „Ein weniger schlimmes Gesetz ist noch lange kein gutes.“

Während Bahr die Krankenkassen in Konkurrenz sieht und Fusionen für wahrscheinlich hält, sieht Hovermann bereits die Einheitskrankenkasse am Horizont: „Wir rutschen angesichts des EU-Rechts und des Kartellrechts in ein schwieriges juristisches Feld. Die bisher definierte Solidarität der Krankenkassen wird durchbrochen. Die Kassen werden also zu Unternehmen. Wenn aber ein Einheitskrankenkassenverband kommt, was bedeutet dann noch ‚mehr Wettbewerb‘?“

Neben den Krankenkassen bekämpfen sich die Arztgruppen. Empörte Ärzte stellten den Vorwurf in den Raum, dass Ulla Schmidts Berater allesamt aus Großkliniken stammen, und in deren Interesse die ambulante Facharztschiene samt dem mittelständischen Gesundheitsmarkt wegbrechen sollen. Während Zöllner für den Erhalt des Mittelstandes plädierte, spekulierte Bahr darüber, dass die SPD die Arztgruppen gegeneinander ausspiele. Am Ende der Debatte standen lediglich die Saaltüren offen – und alle Fragen auch.